



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 21.12.2009
Az.:

16. Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2009

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Knur, Herbert

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Schmidt, Horst

Schwimmer, Jakob

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Wiesmaier, Hans

bis 17.10 Uhr

i.V.v. Scharf-Gerlspeck Ulrike

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout, Caroline

Fischer Heinz

Helfer Helmut

Hopfensperger Max

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina



Ferner nehmen teil:

Herr Vögele, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH (zu TOP 1)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH
Bericht
Vorlage: 2009/0579
2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2007 und 2008
"DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2009/0523/1
3. Haushaltswesen
Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding";
Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen gegenüber dem Landkreis
Vorlage: 2009/0526/1
4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2010
Vorlage: 2009/0582
5. Bekanntgaben und Anfragen



LANDKREIS
ERDING

**I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 07.12.2009**

**1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im
Landkreis Erding mbH - Bericht
Vorlage: 2009/0579**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft Herrn Vögele und bittet ihn um Ausführung.

Herr Vögele verweist auf die versandte Vorlage und erklärt, 2008 seien Umsätze von 1.162.500,06 € erzielt worden, rd. 70.000 € mehr als im Vorjahr. Entsprechend den Kosten sei ein Überschuss von rd. 40.000 € entstanden. Die Belegung lag bei 97 %. Insgesamt befindet sich die Wohnungsbaugesellschaft in einer ruhigen Situation, Wohnungen die leer stehen, werden kurzfristig wieder vermietet, bei kleineren Wohnungen sei die Vermietung leichter, bei größeren etwas schwieriger. Der Leerstand wird sich 2009 leicht verbessern.

Von 2008 auf 2009 sei anzumerken, dass die Kosten um rd. 50 % reduziert werden konnten. 2009 sei als größere Investition der Anschluss an die Geothermie geplant, weil die Gasanlage in der Bajuwarenstraße ausgetauscht werden muss.

Für 2010 sei zu überlegen, ob an zwei Gebäuden, die über 20 Jahre alt sind, energetische Maßnahmen durchgeführt werden.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0068-14

Dem Kreistag wird empfohlen, den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse
2007 und 2008 "DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2009/0523/1**

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0069-14

Dem Kreistag wird empfohlen, die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 „DSD-Landkreis Erding“ mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:



LANDKREIS
ERDING

Jahr 2007	
Bilanzsumme	1.413.413,62 €
Jahresgewinn	71.931,00 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Büro des Landrats
BL

Jahr 2008	
Bilanzsumme	1.453.005,00 €
Jahresgewinn	94.609,71 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

3. Haushaltswesen
Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding"
Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen gegenüber dem Landkreis
Vorlage: 2009/0526/1

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage. Das Thema sei in den Ausschüssen bereits ausführlich erläutert worden.

Auf Wunsch von Kreisrätin Meister erläutert er kurz den Sachverhalt.

Herr Helfer ergänzt, im Unterschied zur kameralistischen Buchführung muss der Betrieb gewerblicher Art steuerrechtlich kalkuliert werden. Dafür gelten andere Voraussetzungen. Der Landkreis spart sich mit der Vorgehensweise zwischen 5.000 € und 10.000 € an Körperschaftsteuer im Jahr.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0070-14

Dem Kreistag wird empfohlen, die Rücklagen des Betriebes gewerblicher Art „Landkreis Erding DSD“ um 1.200.000 € zu vermindern und diesen Ausschüttungsbetrag mit den Forderungen des Betriebes „Landkreis Erding DSD“ gegenüber dem Landkreis Erding zu verrechnen.

Die für die Entnahme aus dem Betrieb gewerblicher Art (= Gewinnausschüttung) notwendigen Landkreishaushaltsmittel für die im Jahr 2009 fällige Kapitalertragssteuer, zuzüglich Solidaritätszuschlag, von insgesamt 83.998 € werden überplanmäßig durch eine Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage DSD bereitgestellt. Außerdem werden die überplanmäßigen Ausgaben von 83.998 € im Verwaltungshaushalt (UA 7202) für die fällige Kapitalertragssteuer und den Solidaritätszuschlag genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2010
Vorlage: 2009/0582



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende ergänzt zur versandten Vorlage und Tischvorlage, es sei mit den Fraktionsvorsitzenden in drei Gesprächsrunden der Haushaltsentwurf besprochen und Einzelthemen diskutiert worden.

Büro des Landrats
BL

Das Volumen des Haushalts steigt um 3.607.000 €, 3,65 %. Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaltshalt (Entwurf) liegt bei 102.378.000 €, im Vermögenshaushalt bei 16.266.000 €, insgesamt also bei 118.644.000 €.

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte Umlagekraft beträgt 118.144.679 €. Daraus wird die Kreisumlage berechnet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 10,11 %. Die Steigerung kann auch als Erfolg bezeichnet werden, denn eine Vielzahl von Betrieben habe sich in den Gemeinden neu angesiedelt und bestehende Betriebe haben erweitern können.

Er verweist insbesondere auf den Bereich Jugendhilfe. Der Bereich Erziehungshilfen werde mit drei Teilzeitstellen aufgestockt, die interne Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) soll aufgelöst und die Leistungen von extern eingekauft werden. Zusätzlich sei für die Schuldnerberatung am Landratsamt eine halbe Stelle eingeplant, zusätzlich gibt es die Ganztagsintensivklassen gemeinsam mit den Gemeinden und dem Lions-Club, es sei versucht worden, das Projekt „Hart am Limit“ gemeinsam mit der Abteilung Gesundheitswesen (für erstaufrällige, schwer alkoholisierte Jugendliche) zu etablieren. Weiter werde eine neue Vollzeitstelle im Bereich des Frauenhauses (Interventionsstelle) finanziert. Er denkt, diese Leistungen gehen deutlich über das bisherige Angebot hinaus. Auch beim ÖPNV sei das Angebot in den letzten Jahren deutlich erweitert worden. Zudem sei für das Bibermanagement ein Biberberater eingestellt worden. Er denkt, alles zusammen zeigt, dass die Themen ernst genommen werden.

Es gibt Mehrausgaben bei der Jugendhilfe (rd. 500.000 €), bei der Grundsicherung (rd. 67.550 €) und bei Hartz IV (rd. 552.585 €).

Die Investitionen ergeben sich durch Neubaumaßnahmen (FOS/BOS), im Straßenbau und im Bauunterhalt.

Der Landkreis bietet zusätzlich eine Energieberatung im Landratsamt und auch eine Wirtschaftsförderung an. Dazu werden keine direkten monetären Mittel zur Verfügung gestellt. Auch diese Punkte lassen den Haushalt 2010 positiv erscheinen.

Die Finanzierung sei nicht einfach. Er sei zuversichtlich, dass ein Kompromiss mit einer Kreisumlage von 49,9 % (so wenig als möglich und so viel als nötig) möglich sei.

Der Vorsitzende fragt nach der weiteren Vorgehensweise.

Kreisrätin Stieglmeier möchte Näheres zu Seite 73 wissen. Es sei nie die Rede davon gewesen, dass bei der Ehe- und Familienberatungsstelle

eine Stelle gestrichen wird. Sie denkt, dass die Stellen doch ausgelastet seien.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende denkt, Kreisrätin Stieglmeier verwechselt den Bereich mit der Schuldnerberatung. Es sei nicht vorgesehen, eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Es gibt am Landratsamt bereits eine Trennungs- und Scheidungsberatung nach den §§ 17 und 18 Kinder- und Jugendhilfegesetz. Es stellt sich die Frage, ob sich der Landkreis dann zusätzlich zum Angebot über die Erziehungsberatungsstelle und über den Zweckverband Familienberatungsstelle in Ismaning hinaus, auch noch bei der Ehe- und Partnerschaftsberatung beteiligen solle. Bei jedem Landratsamt sei die Regelung eine andere.

Kreisrat Els stellt fest, es sei schon bekannt gewesen, dass eine Doppelförderung gezahlt worden sei. Bei der Besprechung sei eindeutig der Wunsch gewesen, dass dafür künftig keine freiwilligen Leistungen gewährt werden sollen.

Kreisrat Schmidt verweist auf die Besprechungen. Es geht um die Ehe- und Familienberatung in Erding, die umfangreich Kinder im Landkreis betreut. Es sollte abgewogen werden, inwieweit der Zuschuss, der über Jahre gezahlt worden sei, gestrichen oder gekürzt wird. Zum Beispiel sei Regionalmanagement auch eine freiwillige Leistung des Landkreises. Die Fraktion der SPD möchte darüber schon noch diskutieren. Er denkt, die Vorbesprechungen können nicht eine Entscheidung im Kreisausschuss oder Kreistag vorwegnehmen. Er schlägt eine verträglichere Lösung, eventuell auch mit Auflagen vor. Prop e.V. sollte aufgefordert werden, nachzuweisen, welche Aufgaben der Verein für den Landkreis Erding wahrnimmt. Ihn ärgert, dass andere Landkreise keinen Zuschuss zahlen. Es könnte auch diskutiert werden, warum für den Gartenbauverein Sankt Wolfgang ein Zuschuss von 20.000 € geleistet wird. Im Antrag steht nicht, welchen Betrag die Gemeinde Sankt Wolfgang gewährt. Auch der Zuschuss sei eine freiwillige Leistung und keine Pflichtaufgabe des Landkreises.

Kreisrat Knur denkt, es gibt freiwillige Leistungen, bei denen der politische Wille des Landkreises diese allein begründet. Es ist z.B. politischer Wille des Kreistages, die Sportförderung durchzuführen, etc. Es gibt aber andere freiwillige Leistungen, bei denen es eine Vermischung von Zuständigkeiten gibt. Manche versuchen es, an möglichst viele Förderungen zu kommen. Er möchte die Leistungen der Ehe- und Familienberatung und von Prop e.V. nicht schmälern. Die Leistungen werden auch entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gefördert. Es muss jedoch überlegt werden, ob sich der Landkreis auf Dauer in die Mischfinanzierung einbringen solle.

Für die CSU-Fraktion stellt er fest, dass die Mischfinanzierung für den Haushalt 2011 genau geprüft werden sollte. 2011 sollte sich der Landkreis überall dort aus der Förderung zurückziehen, wo es keinen gesetzlichen Auftrag gibt oder wo andere verpflichtet sind die Leistungen zu finanzieren.

Bei der Ehe- und Familienberatung bietet er für die CSU-Fraktion an, weil es schwer sei, sich kurzfristig darauf einzustellen, dass es 2010 keine



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Mittel mehr geben soll, die Hälfte des Antrages für 2010 noch zu bewilligen, mit dem deutlichen Hinweis, dass ab 2011 seitens des Landkreises keine freiwilligen Leistungen mehr gewährt werden.

Bei Prop e.V. gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten, die auch Dr. Hierl (Leiter der Abteilung Gesundheitswesen) in der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden dargestellt hat. Die CSU-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, dass der Landkreis Erding als einziger Landkreis einen Zuschuss zahlen soll. Die CSU-Fraktion möchte dem Vorschlag nachkommen und die Zuwendung für 2010 auf Null setzen.

Kreisrat Treffler merkt an, das Angebot bei der Ehe- und Familienberatung sei fair.

Bei Prop e.V. sei ihm bekannt, dass der Anteil des Bezirks nur einen kleinen Teil ausmacht.

Kreisrätin Stieglmeier berichtet, der Anteil des Bezirks sei nur für die über 18-Jährigen. Gerade im Präventionsbereich seien aber die unter 18-Jährigen interessant. Sie denkt, es könne deshalb nicht von einer Doppelförderung gesprochen werden. Prop e.V. habe auch eine Onlineberatung. Sie stellt den **Antrag**, die Freiwillige Leistung an Prop e.V. weiter zu gewähren.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass im Gesundheitswesen auch dieser Bereich angeboten wird. Dr. Hierl habe das anschaulich dargestellt.

Kreisrat Schmidt weist darauf hin, dass ihm Prop e.V. am Herzen liegt. Er denkt, das Projekt sollte weiter gefördert werden oder zumindest in der Zielrichtung wie Kreisrat Knur angedeutet hat. Nachdem das Jugendamt neu gestaltet werden soll und auch Dr. Hierl Andeutungen gemacht hat, sollte jeder einzelne Punkt für die Haushaltsberatungen 2011 geprüft werden. Er denkt, was für die Ehe- und Familienberatung gilt, sollte auch für Prop e.V. gelten. Manchmal lohnt es sich, auch um einzelne Bereiche zu diskutieren.

Er plädiert, in diesem Jahr den Zuschuss nochmals zu geben und dafür in einzelnen Positionen, die erhöht worden sind, z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Verfügungsetat des Landrats, Tourismusförderung, etc. einen Tausender wegzunehmen, um auf die 7.000 € Zuschuss zu kommen. Er denkt, die Kämmerei findet sicher Positionen, um Prop e.V. noch fördern zu können. Gleichzeitig sollte Prop e.V. aufgefordert werden, die Zahlen für den Landkreis Erding offen zu legen und die Auflage gemacht werden, dass Präventionsarbeit für 7.000 € im Landkreis Erding auch geleistet werde.

Kreisrat Els denkt, die Sinnhaftigkeit von Prop e.V. sei nächstes Jahr genauso wie heute. Es stellt sich die Frage der Zuständigkeit und der Finanzierung. Sollten sich die Kreisräte nicht dazu durchringen, zu sagen, die Zuständigkeit sei nicht gegeben, werde die gleiche Diskussion im nächsten Jahr wieder sein. Dagegen spricht er sich aus. Er meint, wenn die Zuständigkeit nicht gegeben sei, gibt es vernünftige Gründe, sich auszuklinken.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Knur merkt an, nach der vorgelegten Finanzierungsübersicht 2010 seien die Gesamtausgaben bei Prop e.V. mit ca. 319.000 € angegeben. Dieser Betrag sei bis auf einen Rest von 7.000 €, der vom Landkreis erwartet wird, finanziert. Er weist darauf hin, dass die Eigenmittel von Prop e.V. von 2008 mit 39.000 € auf 2010 mit 31.000 € gekürzt worden sind. Auch da scheint noch Raum zu sein. Er denkt, es sei nicht so, dass die Präventionsarbeit nicht mehr durchgeführt werden kann, wenn der Landkreis die 7.000 € Zuschuss nicht gewährt. Präventionsarbeit sei wichtig. Er habe sie in seiner Gemeinde im Rahmen einer Veranstaltung auch in Anspruch genommen. Die Referentin sei dafür bezahlt worden. Er bleibt dabei, 2010 soll der Ansatz auf Null gesetzt werden.

Kreisrat Treffler denkt, wenn die große Summe für die über 18-Jährigen ist, waren die 7.000 € anscheinend für die unter 18-Jährigen. Es stellt sich die Frage, wie der Betrag haushaltstechnisch eingestellt werden könnte, ansonsten spricht er sich auch für eine Streichung aus.

Der Vorsitzende sagt, die Streichung bedeutet nicht, dass sich der Landkreis keine Leistung einkaufen kann. Das sei aber nicht von Haus aus eine Zusage. Es gibt dafür Möglichkeiten im Jugendhilfeeat. Prop e.V. bietet auch anderen Landkreisen Präventionsleistungen an, die keinen Zuschuss zahlen. Darum sei es verwunderlich, warum Prop e.V. auf die 7.000 € angewiesen sei. Bereits 2005 seien keinen freiwilligen Leistungen mehr bezahlt worden, weil im Leistungsbericht nicht erkennbar war, welche Leistung im Landkreis konkret angeboten worden sei. Er denkt, nicht für alles was es im Landkreis Erding gibt, muss der Landkreis auch bezahlen, weil die Zuständigkeit nicht gegeben sei.

Kreisrätin Meister berichtet von einem Gespräch mit Kreisrätin Dieckmann, die sich für eine Gewährung des Zuschusses ausspricht. Sie denkt, wenn Leistungen eingekauft werden, müsste der Betrag auch im Haushalt eingestellt werden.

Der Vorsitzende sagt, es sei nicht notwendig, einen extra Betrag einzustellen, weil es in der Abteilung Gesundheitswesen oder im Bereich Jugendamt Möglichkeiten der Zuschussfinanzierung gibt.

Kreisrätin Stieglmeier fragt, wer bestimmt, ob Leistungen eingekauft werden, denn die Kreisräte haben keinen Einfluss.

Der Vorsitzende antwortet, im Gesamthaushalt sei darüber abzustimmen. Der Bereich betrifft das staatliche Landratsamt. Die Abteilungs- bzw. Sachgebietsleiter erarbeiten ein Konzept für eine Umsetzung.

Kreisrat Lackner merkt an, gerade im Hinblick auf die Steigerung der Bezirksumlage müssen die Positionen genau geprüft werden. Auch im nächsten Jahr werde das eine oder andere Angebot gestrichen werden müssen. Es sollte angefangen werden, Doppelförderungen zu streichen. Die Bezirksumlage habe sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Er spricht sich für die Streichung von Doppelförderungen aus.



Der Vorsitzende sagt, es widerspricht dem nicht, im Bereich Suchtberatung mit der Abteilung Gesundheitswesen Leistungen einzukaufen. Dabei sollte Prop e.V. berücksichtigt werden, wie andere Träger in der Suchtberatung auch. Es sollte aber kein Pauschalzuschuss mehr gewährt werden.

Kreisrat Schmidt sagt, ihm wäre ein Pauschalzuschuss lieber. Entscheidend sei, dass Prävention gemacht wird. Jede Prävention spart später Kosten. Es sei nur Recht, wenn für Erding ein Projekt gemacht wird. Es sollten die Kreisräte das Vertrauen in die Verwaltung haben. Die Kreisräte haben die Möglichkeit, nachzufragen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass Dr. Hierl in einer nichtöffentlichen Sitzung darstellt, was an Suchtprävention im Landkreis geleistet wird.

Kreisrätin Stieglmeier möchte trotzdem ihren Antrag aufrecht erhalten und wünscht eine Abstimmung.

Kreisrat Wiesmaier denkt, es sei wichtig und interessant, dass Dr. Hierl über Problemlagen im Landkreis berichtet. Wenn er hört, dass heuer 80 Jugendliche in die Intensivstation eingeliefert worden seien, weil sie so betrunken waren, dass die Gesundheit gefährdet war, sollte in der Öffentlichkeit dargestellt werden, was geleistet wird, weil in den Familien das Problem nicht mehr gelöst werden kann. Er wünscht, die fachlichen Informationen zu bekommen.

Kreisrat Els berichtet, um das Thema beenden zu können, dass bereits die Kommunen Suchtberatung in den Kindergärten und in den Schulen machen. Er denkt, bei zuviel Beratung kann die Wirkung auch verloren gehen.

Der Vorsitzende sagt, die Voraussetzungen für die Einführung des Projekts „Hart am Limit“ seien geschaffen worden, um im Bereich Suchtberatung Schwerpunkte zu setzen. Es sei dazu auch eine Mitarbeiterin geschult worden.

Er erklärt, gegenüber der Vorlage sei darüber abzustimmen, der Ehe- und Familienberatung einen Zuschuss mit 50 % Reduzierung des Ansatzes zu gewähren, mit dem Hinweis, dass 2011 kein Zuschuss mehr gewährt wird.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme KRin Stieglmeier)

Der Vorschlag der Verwaltung sei, für Prop e.V. keine pauschalen Fördermittel einzuplanen, sondern im Rahmen von möglichen Projekten Leistungen einzukaufen.

Der **Antrag von Kreisrätin Stieglmeier** sei aber, für Prop e.V. 2010 eine pauschale Leistung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 11 : 2 Stimmen.**
(Gegenstimmen: KRin Stieglmeier und KRin Meister)



Kreisrätin Stieglmeier merkt weiter an, bei den freiwilligen Leistungen sei der Zuschuss für den Freizeitclub Behinderte und nicht behinderte Menschen gestrichen worden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Träger seit dem letzten Jahr der Bezirk Oberbayern sei. Auch in dem Bereich habe der Landkreis mehr geleistet, als der Gesetzgeber vorgegeben habe.

Kreisrat Schmidt wünscht, über die Änderungen im Jugendamt zu diskutieren, nachdem in der Presse zu lesen war, dass der Kreistag für die Umorganisation 280.000 € bereit stellt. Die Veränderungen seien im zuständigen Ausschuss nicht diskutiert und beschlossen worden. Es sei eine Menge Geld, um das Jugendamt zu verändern.

Auch sei in der Besprechung bei den Investitionen bezüglich des Straßenbaus besprochen worden, dass die Nordumfahrung eine wichtige Maßnahme sei. Es sollte im Haushalt auch deutlich gemacht werden, dass sie eine hohe Priorität hat.

Weiter möchte er wissen, nachdem der Landkreis an die Fachhochschule ein Gebäude vermietet hat, wo die Mieteinnahmen im Haushalt zu finden seien.

Er fragt weiter, warum sich bei der Kreismusikschule, die für alle eine wichtige Einrichtung sei, Erhöhungen ergeben haben. Er möchte wissen, wie viel die Kreismusikschule insgesamt dem Landkreis gekostet hat. Die jährlichen Leasing-Raten seien doch erheblich. Er hätte gerne eine Übersicht, wie sich die Entwicklung über die Jahre darstellt.

Auch interessiert ihn, warum sich der HH-Ansatz in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsamt und bei den Verfügungsmitteln des Landrats zum Teil erheblich erhöht habe.

Herr Helfer erklärt, in Verbindung mit der Schweinegrippe seien mehr Dienstreisen der Mitarbeiter des Gesundheitsamtes zum Flughafen notwendig gewesen. Zudem seien Mittel für Fortbildung, Fahrten zum Flughafen, etc. eingeplant. Es wird vermutet, wenn eine zweite Welle der Schweinegrippe kommt, dass mehr Ausgaben fällig werden.

Frau Kohout ergänzt, der Ansatz im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sei von 10.000 € auf 22.000 € erhöht worden, weil im HH-Ansatz eine Neuauflage der Landkreisbroschüre enthalten sei.

Der Vorsitzende merkt weiter an, die Umorganisation des Jugendamtes sei bis hin zur KoKi-Stelle (koordinierende Kinderschutzstelle) im Stellenplan dargestellt. Die Umorganisation auch bezüglich der Kosten (SPFH) sei im Jugendhilfeausschuss dargestellt worden.

Für die Nordumfahrung werde er für den Landkreis in den nächsten Tagen einen Scheck entgegen nehmen. Das sei ein konkretes Beispiel, dass der Umlandfond tatsächlich greift. Er berichtet, dass er bereits Rechnungen mit deutlich über 100.000 € für Planungsleistungen von externen Planern bekommen und diese an die Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats weitergeleitet habe, nachdem 5 Mio € für die Nordumfahrung Erding zur



Verfügung stehen. Es sei zugesichert worden, dass die Rechnungen bezahlt werden.

Die Miete der Fachhochschule für angewandtes Management für das Gebäude sei auf Seite 394, HH-Stelle 1411, Gr.Nr. 8801 des Haushaltsentwurfs in einem Gesamtbetrag verschiedener Mietobjekte aufgeführt.

Der Vorsitzende vermutet, Kreisrat Schmidt meint bei der Kreismusikschule die höheren Leasingraten. Er erklärt, alle 5 Jahre wird der Leasingvertrag an das Zinsniveau angepasst. Der Leasingvertrag endet 2019.

Herr Helfer ergänzt, die jährlichen Leasingraten der KMS seien auf Seite 622, gelbe Seiten des Haushaltsentwurfs aufgeführt.

Kreisrat Knur weist auf den Artikel in der Erdinger SZ vom 30.11.2009 hin. Er denkt, es sei das Recht und sogar die Pflicht des Landrats, im Vorgriff auf die Entscheidung des Kreistages Auskunft zu geplanten Veränderungen im Jugendamt zu geben. Es erwartet ein Jeder in der Öffentlichkeit, dass Fragen auch beantwortet werden.

Kreisrat Treffler stellt fest, die Ausgaben im Bereich des Straßenbaus seien relativ hoch. Straßenbau habe bei ihm nicht die Priorität. Er stellt den **Antrag**, die Verwaltung zu beauftragen, 10 % des Ansatzes zu kürzen, um eine Entlastung des Haushalts zu erreichen.

Kreisrätin Stieglmeier weist darauf hin, dass die Schulen aufgefordert worden sind, Kürzungen vorzunehmen.

Sie denkt, es müsste bei den Bruttokosten im Bereich des Straßenbaus entgegen gerechnet werden, was der Landkreis an Zuschüssen bekommt.

Der Vorsitzende erklärt, die Bruttoinvestitionskosten für die aufgelisteten Straßenbaumaßnahmen belaufen sich auf 2.407.000 €, die Zuschüsse betragen rd. 694.000 €, der Gesamtaufwand beträgt rd. 1.713.000 €. Er weist darauf hin, dass bei weniger Investition sich möglicherweise auch der Zuschuss reduzieren wird.

Kreisrat Knur findet es nicht in Ordnung, den Ansatz pauschal 10 % zu kürzen. Der Haushaltsansatz basiert konkret auf geplante Maßnahmen. Kreisrat Treffler müsste sagen, auf welche Maßnahme verzichtet werden sollte. Das wäre auch nach außen ehrlicher darzustellen. Er fragt, wie Beträge, die seriös ermittelt worden sind, gekürzt werden sollen. Sollte z.B. auf einen Gehweg verzichtet werden, etc. Er denkt, eine Kürzung sei nur durch die Streichung einer Maßnahme möglich.

Kreisrat Lackner denkt, es werden derzeit eher zu wenig Mittel für den Straßenbau ausgegeben. Zum Beispiel wird die Ortsdurchfahrt Notzing in Teilabschnitten gebaut. Die Bürger dort werden wirklich durch den Lastwagenverkehr auch in der Nacht durch Lärm belästigt. Er denkt, was an Sanierungsmaßnahmen ansteht, muss auch durchgezogen werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schwimmer merkt an, bei rd. 267 km Kreisstraßen seien immer wieder Erneuerungen und Sanierungen notwendig. In dem Bereich nachlässig zu sein bedeutet, die Investitionen zu verschieben.

Kreisrat Els denkt, was in den Straßenbau investiert wird, sei notwendig, um die Verkehrssicherungspflicht herzustellen. Die Straßen seien teilweise so marode, dass trotz Geschwindigkeitsbeschränkung die Verkehrssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Es besteht ein Nachholbedarf.

Der Vorsitzende ergänzt, die geplanten Maßnahmen seien ausschließlich Sanierungsmaßnahmen. Die Ausgaben in dem Bereich seien sinnvoll und notwendig. Er weist darauf hin, dass sich der Landkreis bereits vertraglich verpflichtet hat, diese Maßnahmen durchzuführen.

Kreisrat Treffler denkt, dass z.B. bei Deckensanierungen auch Ausbesserungen möglich wären. Er möchte seinen Antrag aufrecht erhalten. Es muss bei der schwierigen Situation möglich sein, in dem Bereich zu kürzen.

Der Vorsitzende sagt, Kreisrat Treffler müsse sich auf eine konkrete Maßnahme, die noch nicht begonnenen worden ist, beschränken.

Kreisrat Schmidt meint, eine pauschale Kürzung kann so nicht gemacht werden. Kreisrat Treffler sollte sagen, bei welcher Maßnahme gekürzt werden soll. In den verschiedenen Ausschüssen seien die Maßnahmen bereits beraten worden. Es müsste wesentlich mehr gemacht werden, um die Straßen im Sinne der Verkehrssicherheit zu unterhalten. Die Verwaltung habe sowieso den Auftrag, sparsam zu wirtschaften. Er denkt, der Antrag von Kreisrat Treffler bringt nichts.

Kreisrätin Stieglmeier denkt auch, die vorliegenden Maßnahmen seien Folgekosten. Sie schlägt vor, künftig bei neuen Straßen auch die Folgekosten einzurechnen. Bei schon geplanten Maßnahmen 10 % einzusparen sei nicht machbar.

Der Vorsitzende weist darauf hin, es gibt auch die Möglichkeit, künftig bei Maßnahmen den Unterhalt mit auszuschreiben. Er weist darauf hin, dass dann auch entgegengerechnet werden muss, was der Landkreis für jeden Straßenkilometer an Unterhaltszuschuss bekommt.

Kreisrat Mehringer verweist auf das große Verkehrsaufkommen im Landkreis. Die Verkehrssicherheit sei zu gewährleisten. Es sollte versucht werden, die Straßen in einen guten Zustand zu versetzen, als immer mehr den Folgen hinterher zu laufen.

Kreisrat Treffler merkt an, ihm hätte sein Vorschlag gut gefallen. Er möchte seinen **Antrag zurückziehen**, nachdem er von den Kollegen dazu aufgefordert worden sei.

Er wird sich bei den nächsten Beratungen zu Straßenbaumaßnahmen mehr damit befassen.



Der Vorsitzende bietet an, im kommenden Jahr wieder eine Kreisstraßenbefahrung durchzuführen, wie es in der Vergangenheit üblich gewesen sei.

Er stellt fest, die Projekte, die umgesetzt werden, seien bereits vor 5 Jahren besichtigt und für sinnvoll und notwendig erachtet worden.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Schmidt wünscht eine Darstellung, warum der Zuschuss an den Gartenbauverein Sankt Wolfgang gewährt wird. Es sollte das Besondere herausgestellt werden. Auch sollte Herr Schwimmer sagen, was die Gemeinde selber dazu beiträgt. Ansonsten müsste der Landkreis jeden Gartenbauverein unterstützen.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schwimmer antwortet, obwohl die Gemeinde Sankt Wolfgang kaum Geld hat, beteiligt sie sich mit 50.000 € im Bereich Jugendarbeit. Der Verein macht Schulungen für ca. 150 Jugendliche, etc. Der Gartenbauverein hat auch einen Zuschussantrag beim Landkreis gestellt.

Der Vorsitzende ergänzt, mit dem Vorstand des Gartenbauvereins sei eine klare Gegenleistung vertraglich abgestimmt worden. Der Landkreis möchte sich Leistungen einkaufen (keine Standgebühr beim Gartlertag, unentgeltliche Nutzung der Schulungsräume, Pressen des Obstes zum halben Preis des bisherigen Betrages, etc.)

Kreisrätin Stieglmeier verweist auf die ca. 180.000 € für einen Meditationsraum an der Berufsschule Erding.

Der Vorsitzende erklärt, es seien ursprünglich 10.000 € im Haushaltentwurf eingeplant worden. Aufgrund der Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden wird empfohlen, den Ansatz um 50.000 € also auf 60.000 € zu erhöhen.

180.000 € seien die geschätzten Gesamtbaukosten. Es sei dabei auch vorgeschlagen worden, Einsparungen über Sponsoren, freiwillige Leistungen und Kosteneinsparungen bei den Handwerkern zu realisieren. Es sei auch von Anfang an die Vorgabe gewesen, dass Handwerkskunst in der Umgebung der Berufsschule dargestellt werden soll.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0071-14

Die in der vorliegenden Zusammenstellung aufgeführten „Freiwilligen Leistungen“ werden unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen entsprechend der im Haushaltsentwurf 2010 veranschlagten Höhe bewilligt.

Dem Kreistag wird empfohlen, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen

1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
2. den Finanzplan 2009 – 2013 zu genehmigen,
3. den Stellenplan 2010 zu genehmigen,
4. die Kreisumlage 2010 mit einem Umlagesatz von 49,9 % festzusetzen,

5. den Haushaltsplan 2010 und die Haushaltssatzung 2010 zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

5. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich hierzu keine Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.25 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte